

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am
20.02.2014**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Raum 116

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt	Vorsitzende, SPD-Fraktion	
Herr A. Schachtschneider	CDU-Fraktion	Teilnahme ab 16.10 Uhr
Frau Heike Wießner	skE CDU-Fraktion	
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE.	
Herr René Trömel	Fraktion DIE LINKE	
Herr Klaus Adam	FDP-Fraktion	
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	
Herr Steffen Ahrens	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger der Jugendhilfe)

Frau Sylvia Plättner		
Frau Kerstin Masur		Teilnahme bis 18.05 Uhr
Frau Anna Manser		
Herr Leonhard Dölle		
Herr Uwe Kramer		
Frau Beate Gellert		

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter für Bildung und Soziales	
Frau Katharina Brederlow	Fachbereichsleiterin FB Bildung	
Herr Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat	
Herr KR Ralf Berger	Polizeidirektion Halle	
Herr Rene Moses	Humanistischer RV	
Frau R. Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt	Teilnahme bis 18.00 Uhr
Frau Christina Greiner	Landesschulamt	

Entschuldigt fehlten:

Frau Dr. Inès Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Hopfgarten	SPD-Fraktion
Frau Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Frau Antje Klotsch	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Herr Nobert Böhnke	Leiter Dienstleistungszentrum Familie
Frau T. Privorozkaja	Jüdische Gemeinde zu Halle
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration
Frau Carmen Wiebach	Jobcenter Halle
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur Halle
Herr Bruno Glomski	Amtsgericht Halle
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat
Herr Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter
Herr Dr. Hendrik Kluge	Evangelischer Kirchenkreis

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Es waren zu Beginn der Sitzung 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, 1 Mitglied ist entschuldigt. Sie sprach an, dass heute zur öffentlichen Sondersitzung nur die beiden benannten Beschlussvorlagen zur Behandlung anstehen. Die Kinder- und Jugendsprechstunde findet zu einer Sondersitzung nicht statt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, stellte die Tagesordnung fest. Diese wurde ohne Widerspruch bestätigt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2014 bis 31.12.2014
Vorlage: V/2013/12146
 - 4.2. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2014
Vorlage: V/2013/12149
 - 4.2.1 Änderungsantrag der stimmberechtigten freien Träger der Jugendhilfe im JHA zu der Beschlussvorlage "Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2014 Vorlage: V/2013/12149
Vorlage: V/2014/12562
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, teilte mit, dass es in der nicht öffentlichen Sitzung am 06.02.14 keine Beschlüsse gab.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 Vorlage: V/2013/12146

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass heute die Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kita 2014 vorliegt und gab das Wort an Frau Erfurth, Kita-Planerin des Fachbereiches Bildung.

Frau Erfurth, Kita-Planerin des Fachbereiches Bildung, verwies auf die 2 Teile der Bedarfsplanung: die Auswertung von Betreuungsquote, Versorgungsgrad und Auslastung der Kitaplätze im Jahr 2013 sowie die Schlussfolgerungen für den Bedarf an Kitaplätzen im Jahr 2014. Erstmals wurden auch der Versorgungsgrad sowie die Auslastung der Kitaplätze in den 5 Sozialräumen ausgewertet. Hintergrund ist der Beschluss zur sozialräumlichen Jugendhilfeplanung. Ab 2014 werden lt. KiföG nur die Einrichtungen finanziert, die im Bedarfs- und Entwicklungsplan beschlossen wurden. Sie ging auf die Entwicklung der Geburtenzahlen ab dem Jahr 2000 bis 2013 und die Betreuungsquote in der Stadt Halle (Saale) ein. Im Jahr 2013 sind die Kinderzahlen in der Altersgruppe der 0 bis unter 14-jährigen insgesamt um 254 gestiegen. Gleichzeitig wurden die Kapazitäten in den Kindertageseinrichtungen um 284 Plätze erhöht. Der Versorgungsgrad in den Bereichen Kinderkrippe, Kindergarten und Horte erhöhte sich 2013 auf insgesamt 65%. Die Betreuungsquote ist bei den unter 3-jährigen auf 55% gestiegen, bei den über 3-jährigen lag der Anteil der betreuten Kinder in dieser Altersgruppe analog 2012 bei 95%. Im Hortbereich hat sich die Betreuungsquote ebenfalls erwartungsgemäß um 1% auf 45% erhöht. Die durchschnittliche Auslastung der vorhandenen Plätze in allen 3 Teilbereichen lag im Jahr 2012 1% höher als im Jahr 2013. Sie erläuterte die Teilbereiche hinsichtlich der Auslastung der Plätze insgesamt und ging kurz auf die Situation in den Sozialräumen ein. Dabei verwies sie darauf, dass die Wahl eines Kita-Platzes für die Eltern sich nicht nur am wohnlichen Sozialraum orientiert sondern andere Dinge hierbei eine Rolle spielen (z.B. Arbeitsort, Konzept der Einrichtung). Im Sozialraum I befinden sich 42 Kindertagesstätten und 12 Horte. Sie verwies darauf, dass in diesem Sozialraum der Versorgungsgrad im Hortbereich über dem städtischen Durchschnitt liegt. Der Auslastungsgrad aller Platzkapazitäten im Sozialraum I beträgt insgesamt 92%. Er liegt damit 1% unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Im Sozialraum II gibt es 8 Kindertagesstätten und 5 Horte. In den 3 Teilbereichen liegen die durchschnittliche Auslastung und der durchschnittliche Versorgungsgrad unter dem Gesamtdurchschnitt der Stadt. Im Sozialraum III befinden sich 29 Kindertagesstätten und 9 Horte. Der Versorgungsgrad in den 3 Teilbereichen im Sozialraum beträgt gesamt 72% und die Auslastung aller Betreuungskapazitäten beträgt

95%. Damit liegt sie über dem Gesamtdurchschnitt der Stadt. Im Sozialraum IV gibt es 19 Kindertagesstätten und 6 Horte. Der Versorgungsgrad im Krippen- und Kindergartenbereich liegt über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Der gesamtstädtische Versorgungsgrad bei den Hortplätzen ist hingegen höher als im Sozialraum IV. Im Sozialraum V gibt es 9 Kindertagesstätten und 4 Horte. Der Versorgungsgrad im Krippenbereich ist höher als im gesamtstädtischen Vergleich. Im Kindergarten- und Hortbereich liegt er unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Die vollständige Auslastung der Kindergartenplätze ist im Sozialraum V mit 100% erreicht. Sie sprach kurz an, dass in dieser Vorlage auch auf die Tagespflege eingegangen wurde, obwohl für die Tagespflege keine Bedarfs- und Entwicklungsplanung gefordert ist. Es gab im Jahr 2013 21 Tagesmütter mit 102 Tagespflegeplätzen. Durchschnittlich haben 83 Kinder dieses Platzangebot in Anspruch genommen, was einer durchschnittlichen Auslastung der Tagesplätze von 81% entspricht. Im 2. Teil des Bedarfs- und Entwicklungsplans ging sie auf die Prognose der Inanspruchnahme von Plätzen im Jahr 2014 ein. Grundlage für die Prognose bildet die 5. regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung und der erwartete Anstieg in der Betreuungsquote in allen 3 Teilbereichen. Im Hortbereich hat sich die Nachfrage nach Betreuungsplätzen kontinuierlich erhöht. Hier geht man von einer Mehrbelegung von 183 Hortplätzen gegenüber dem Jahr 2013 aus. In 2014 würden ausgehend von der durchschnittlichen Belegung der Kindertageseinrichtungen im Jahr 2013 329 Betreuungsplätze für unter 3-jährige und 188 Betreuungsplätze für 3-jährige bis zum Schuleintritt in den Kindertagesstätten belegt werden. Aufgrund des erwarteten Mehrbedarfes von 248 Kita-Plätzen und der Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz werden zusätzlich für eine Finanzierung im Jahr 2014 folgende Einrichtungen vorgeschlagen:

Kita Volkspark mit 50 Plätzen, Kita Freimfelde mit 100 Plätzen, welche bereits eröffnet hat. Weiterhin der Naturkindergarten der Evangeliumsgemeinde mit 18 Plätzen und durch die Sanierung der Kita „Wirbelwind“ entstehen dort zusätzlich 70 Plätze. Auf der Seite 16 der Vorlage sind Handlungsempfehlungen enthalten. Die Betreuung hallescher Kinder hat Vorrang. Sie sprach an, dass die Versorgung der halleschen Kinder Vorrang gegenüber auswärtigen Kindern haben soll. 2013 waren 304 Kinder in halleschen Einrichtungen, die nicht in Halle wohnen, 78 hallesche Kinder sind in auswärtiger Betreuung. Dies ergibt eine Differenz von 226 Plätzen. Eine vollständige Auslastung der Platzkapazitäten solle möglichst erreicht werden. Die Hortplätze müssen entsprechend der Nachfrage ausgebaut werden. Eine mittelfristige Bedarfsplanung auf der Grundlage des Zensus 2011 soll erfolgen, sobald eine Veröffentlichung der Bevölkerungshochrechnung für die kommenden Jahre erfolgt ist. Neue Einrichtungen sollen insbesondere die pädagogische Vielfalt erhöhen und das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern stärken. Bei den neu gebauten Einrichtungen soll die Inklusion berücksichtigt werden, hierfür müssen die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen erfüllt werden.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte zur Brandschutzsituation in den Einrichtungen an. Wie ist das bei den Tagespflegeplätzen? Wie will die Stadt das Problem in den Griff bekommen, soll das evtl. über Investitionen erfolgen? Und welche Regelung gibt es zu den Fluchtwegen?

Frau Erfurth, Kita-Planerin Fachbereich Bildung, antwortete, dass es bei den Tagespflegen Standards gibt, die auch eingehalten werden müssen. Die Sicherheit der Kinder hat Vorrang. Bei den geplanten neuen Kitas ist hier die Situation nochmals anders als bei den bestehenden Einrichtungen. Zum Brandschutz in den einzelnen Einrichtungen wurde erstmals eine Bestandsanalyse gemacht, die alle baulichen Gegebenheiten berücksichtigt. Hinsichtlich des Brandschutzes war bisher nicht bekannt, in welchem Ausmaß die Einrichtungen ertüchtigt werden müssen, um den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen. Die Träger der Einrichtungen sind verantwortlich, ihre eigenen Einrichtungen instand zu halten. Sobald das Bauordnungsamt sagt, dass die Einrichtung hier nicht mehr geeignet ist, muss ggf. die Betriebserlaubnis entzogen werden. Es besteht ein enormer

Investitionsstau, bei dem Prioritäten gesetzt werden müssen. Die aktuellen Planungen liefern dafür die Grundlage. Dies gilt für Kitas ebenso wie für Horte.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach an, dass gegenwärtig eine Richtlinie zum Brandschutz in Kindertageseinrichtungen erarbeitet wird. Hier erfolgt eine Abstufung nach Eigentumsverhältnissen. Wer eine Einrichtung gemietet hat, muss sich an seinen Vermieter wenden. Es wird ein abgestimmtes Verfahren geben. Sie hofft, dass diese Richtlinie noch in diesem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden kann. Es gibt eine aktuelle Liste von Trägern zu Investvorhaben, es wird Gespräche mit den Trägern geben. Die Stadt wird zu einzelnen Standorten Hinweise geben. Mit dem Geschäftsbereich Finanzen laufen Abstimmungen zu bestimmten Baumaßnahmen (Neubau, Erweiterung, Standortverlagerung).

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat darum, dazu aktuell dann den Jugendhilfeausschuss zum Stand zu informieren.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte zur Anzahl von Hortkindern mit sonderpädagogischen Bedarf an.

Frau Erfurth, Kita-Planerin Fachbereich Bildung, sagte zu, diese Zahlen nachzureichen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte zur Auslastung der integrativen Hortplätze an, die mit 71% ausgewiesen wurden. Wieso ist hier so eine niedrige Auslastung?

Frau Erfurth, Kita-Planerin Fachbereich Bildung, antwortete, dass bei den integrativen Hortplätzen eine bestimmte Anzahl an Plätzen geschaffen wurden, die z.Zt. nicht alle ausgelastet sind. Bspw. gibt es im integrativen Hort in Neustadt 50 Plätze, wovon nur 50% ausgelastet sind.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass im letzten Bildungsausschuss von einem sachkundigen Einwohner eine Problematik angesprochen wurde, die unbefriedigend war. Dieser hat ein 12 Jahre altes Kind, welches einen integrativen Hortplatz benötigte. Er hat keinen Träger gefunden, der dieses Kind aufnimmt. Andererseits sind Plätze nicht ausgelastet. Wie verhält sich das?

Frau Erfurth, Kita-Planerin Fachbereich Bildung, antwortete, dass sie über die Einzelfälle nicht informiert ist und deshalb zu diesem speziellen Fall jetzt nichts sagen kann.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass ein Hortanspruch bis zum 14. Lebensjahr eines Kindes besteht. Schüler in Ausgleichsklassen sind hier nochmal eine andere Sache. Warum sind in der Prognose für 2014 diese Horte nicht drin? Welchen Grund gibt es, dass dies nicht aufgeschlüsselt wurde?

Frau Erfurth, Kita-Planerin Fachbereich Bildung, verwies darauf, dass es eine Beschlussvorlage gibt, wo Schüler- und Hortzahlen nach Schulstandort aufgelistet sind. Die integrierte Schul- und Hortentwicklungsplanung wurde im Jugendhilfeausschuss beschlossen. Die dort enthaltenen Zahlen sind Planungsgrundlage.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), merkte zur Hortbetreuungsquote an, dass es interessant wäre, hier das Grundschulalter darzustellen. Dies sollte beim nächsten Bedarfs- und Entwicklungsplan mit berücksichtigt werden.

Frau Erfurth, Kita-Planerin Fachbereich Bildung, nahm die Anregung auf.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass sie der Presse entnommen hat, dass der Schulstandort „Am Zollrain“ wieder diskutiert wird. Sie wies darauf hin, dass dann auch der Hortstandort hierzu mit diskutiert werden muss. Es gibt sonst logistische Probleme, da perspektivisch gesehen, am Hortstandort Zollrain die Kapazität bei Weitem nicht ausreichen wird, um der Schülerzahl gerecht zu werden.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, dankte für die Wortmeldungen. Sie rief zur Abstimmung der Beschlussvorlage auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.12.2014. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11 i.V.m. § 25 KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2014 sicher. (Anlage 2a und 2b)

zu 4.2 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2014
Vorlage: V/2013/12149

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass es zu der Beschlussvorlage Änderungsblätter gibt, welche allen Mitgliedern vorliegen. Sie wies darauf hin, dass hier die Seiten 2 und 3 beim Kopieren vertauscht wurden und diese zu tauschen sind.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, stellte die Beschlussvorlage vor. Er informierte, dass zum 31.08.14 insgesamt 121 Anträge von 27 Trägern der Freien Jugendhilfe mit einem Finanzvolumen von 5,5 Mio. Euro der Verwaltung vorlagen. Er verwies auf die Beschlusslage vom 06.02.14 zu Schulsozialarbeit über Mittel aus Bildung und Teilhabe. Hier kommt noch eine Restsumme von 5.440 Euro aus den Mitteln dazu, welche an die Leistungsbeschreibungen II, III oder V gebunden sind und in dieser Beschlussvorlage mit aufgenommen werden sollten. Es bleiben ca. 46.000 Euro für die Projekte nach § 5 der Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für 2014 noch zur Verfügung. Die Anträge wurden nach dem Bewertungsraster bewertet. Es wurden Sparten gebildet und nach dem Sozialraumprinzip die entsprechenden Schwerpunkte dargestellt. Somit sind in der Beschlussvorlage die Sozialräume nach Kategorien A, B, C, D aufgeteilt. Die Vorschläge der Verwaltung liegen vor. In der Anlage 0 wurde für jede Sparte eine Geldsumme aufgeführt. Zuerst muss über die Anlage 0 beschlossen werden, dann muss jede Sparte mit jedem Projekt einzeln abgestimmt werden.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, fragte, ob es zur Beschlussvorlage **allgemeine** Anfragen gibt.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass es sich um eine öffentliche Vorlage handelt. Die Bewertung, welche punktuell hier dargestellt wird, sagt etwas über die Träger aus. Er sieht hier die Interessen Einzelner stehen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass sie dies auch so gesehen hatte und es bereits bei der vorhergehenden Vorlage zur Schulsozialarbeit hinreichende Erörterungen gab und der Fachbereich Recht seine Sichtweise hierzu dargelegt hat. Dem Jugendhilfeausschuss wurde in der letzten Sitzung eine Informationsvorlage dazu ausgeteilt.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach an, dass in der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung im Januar 2014 der Fachbereich Recht vertreten war und seine Darlegungen, auch zur öffentlichen Behandlung von Vorlagen, dargelegt hat.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies darauf, dass bei der Punktebewertung das Konzept des Trägers und nicht der Träger an sich bewertet wird. Es geht ausschließlich um die Punktebewertung des Projektantrages.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, sprach an, dass bei der Punktebewertung nicht die einzelne Arbeit der Träger bewertet wurde, sondern die Arbeit der Träger in der Zukunft, entsprechend des gestellten Projektantrages.

Herr Ahrens, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, warum das Fachkräfteprogramm hier nicht mit aufgeführt wurde. Außerdem fragte er an, ob es eine Evaluation der Maßnahmen gibt.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass vom Jahr 2012 die Sachberichte der Freien Träger vorliegen. Für das Jahr 2013 haben die Träger hierfür eine Abgabefrist und noch etwas Zeit dafür. Eine Evaluierung soll für die Fortschreibung der Jugendhilfeplanung in Zukunft genommen werden. Mit den Trägern wird über die Bedarfe gesprochen. In Auswertung der Anträge, welche nicht so gut waren, gibt es Hinweise und eine Beratung für die jeweiligen Träger. Das Fachkräfteprogramm ist noch nicht vom Land beschlossen worden. Die Information dazu erfolgt sofort, wenn der Bescheid vorliegt. Dazu muss dann ein Beschluss im Jugendhilfeausschuss getroffen werden. Die Mittel wurden vom Land zugesagt und sind in dieser Vorlage bereits mit enthalten.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass die Sachberichte das Eine sind. Die Ergebnisse der Audit sollten hier mit einfließen, da diese wirkungsvoller sind.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach dazu an, dass dieses Thema insgesamt zukünftig - bevor es in die Beschlussfassung geht - eine Rolle spielen soll. Die Verwaltung wird sich hierzu Gedanken machen und überlegen, in welcher Form dies in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung oder Jugendhilfeausschuss vorab eingebracht werden kann.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass durch die Freien Träger Änderungsanträge vorgelegt worden sind und gab die Gelegenheit zur Einbringung.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass zwei Korrekturen auf der verteilten Fassung erfolgen müssen. Als Verfasser muss sein Name hinterlegt werden, er ist der Einbringende. Bei der Änderung zum Sozialraum 3 ist irrtümlich Sparte C geschrieben worden, richtig muss es Sparte A heißen. Die Freien Träger, welche in dieser öffentlichen Fördermittelvorlage enthalten sind, sind kurzfristig zusammen gekommen und haben die Verwaltungsvorschläge diskutiert. Die heute vorgelegten Änderungsanträge sind übereinstimmend in dieser Runde der Freien Träger gefasst worden.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass durch die eingebrachten Änderungsvorschläge sich an diesen Stellen auch die Summen in der Anlage 0 ändern. Dies liegt entsprechend mit vor. Über diese geänderte Anlage 0, welche die Mittel für die einzelnen Sparten festlegt, muss zuerst abgestimmt werden. Es stehen dann noch 33.060 Euro für Projekte nach § 5 der Förderrichtlinie zur Verfügung.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass demzufolge im Bereich der Projektförderung noch Spielraum gegenüber dem gegenwärtigen Antragsstand ist.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass dieser Anlage 0 nicht zugestimmt werden kann. Es ist schwierig, mit dieser allgemeinen Vorlage umzugehen. Es muss in den Sozialräumen einzeln zu den Projekten gesprochen werden. Da kann nicht jetzt schon über die Mittel in den Sozialräumen abgestimmt werden. Sie kündigte an, dass sie für den Sozialraum III eine Einzelabstimmung möchte.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, erklärte, dass in der Anlage 0 die Mittelvergabe insgesamt für die Sozialräume und deren einzelnen Kategorien enthalten sind und hier über die gesamten Mittel, welche dort zur Verfügung stehen sollen, abgestimmt werden muss. Klar ist, dass alle Sozialräume mit ihren Kategorien A – D aufgerufen und die Projektabstimmung einzeln erfolgen soll.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, wies auf die Aussage des Fachbereiches Recht hin, dass Sparten gebildet werden müssen, was in dieser Vorlage erfolgte. Zuerst muss über die Anlage 0 abgestimmt werden, damit klar ist, welche Mittel den Sozialräumen zu welchen Schwerpunkten zugewiesen werden. Dann wird jede einzelne Sparte mit jedem Schwerpunkt aufgerufen.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wies darauf hin, dass alle Vorschläge mit den laufenden Nummern mit allen Trägern, auch mit den davon Betroffenen, besprochen worden sind. Und Einigung zu den Änderungsanträgen bei allen Trägern bestand.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), wies darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss die Prioritäten zu setzen hat.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie der Anlage 0 nicht zustimmen kann. Sie möchte erst die Diskussion zu den Anlagen führen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass zuerst zu den Sozialräumen gesprochen werden soll. Wenn dies erfolgt ist, wird zur Abstimmung aufgerufen werden und zuerst wird über die Anlage 0 dann abgestimmt werden, da die Mittelverteilung klar sein muss.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach an, dass dann jetzt die Sozialräume einzeln aufgerufen werden und hierzu gesprochen werden kann. Sie verwies darauf, dass alle vom Mitwirkungsverbot Betroffenen bei den einzelnen Sparten nicht mit zu diskutieren und den Sitzungstisch zu verlassen haben.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, stellte fest, dass die Diskussion zum allgemeinen Teil abgeschlossen ist und rief die einzelnen Sparten zur Diskussion auf.

Anlage 1, Sozialraum I gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:
Frau Masur, Herr Dölle

Es gab keinen Redebedarf.

Anlage 2, Sozialraum 2 gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:
Frau Wießner

Es gab keinen Redebedarf.

Anlage 3, Sozialraum 3 gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:
Frau Gellert, Herr Trömel, Herr Dölle,
Herr Moses (Berat. Mitglied)

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass die vom Änderungsantrag betroffene lfd. Nummer 51 eine hohe Punktebewertung aufweist. Die Freien Träger haben hier eine Aufstockung von einer 1,0 VZS und damit der Vorschlagssumme beantragt. Sie sieht keinen Unterschied bei den lfd. Nummern 48,49 im sozialpädagogischen Konzept gegenüber dem Projekt in der Nr. 51. Bei der vom Änderungsantrag betroffenen lfd. Nummer 48 wurde 1 VZS neu beantragt und hier soll um 2.500 Euro jetzt gekürzt werden. Bei den lfd. Nummern 49 und 52 soll ebenfalls eine Kürzung auf Vorschlag der Freien Träger erfolgen. Wie gehen die vom Änderungsantrag betroffenen Träger mit dem Kürzungsvorschlag um? Sie ist dafür, dem Vorschlag der Verwaltung in den lfd. Nummern 48 und 49 zu folgen.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), verwies bei der lfd. Nr. 49 darauf, dass diese bisher eine 0,38 VZS in 2013 bewilligt erhalten hatten und jetzt im Verwaltungsvorschlag eine 0,75 VZS enthalten ist. Der Träger hat im Januar einen „Notbetrieb“ aufrechterhalten, damit kein Abbruch dieser Arbeit passiert. Der Träger hat demnach für Januar 2014 nicht die gleichen Personalkosten wie bei normalen Betrieb. Insofern rechtfertigt sich die beantragte Kürzung, die in der Zusammenkunft der Träger vorgeschlagen worden ist. Die 2.500 Euro können damit für die vorgeschlagene Änderung in der lfd. Nr. 51 zur Verfügung gestellt werden. Dies wurde auch mit der Geschäftsführung des Trägers besprochen. Er verwies darauf, dass bei den vorgeschlagenen Änderungen es nicht um die Kürzung beim Personal sondern bei den Personalkosten geht.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, wieso die lfd. Nr. 51 durch den Änderungsantrag mehr Mittel erhalten soll. Hat dieser Träger mit diesem Projekt anders gearbeitet als die anderen Projekte?

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die lfd. Nr. 51 im Jahr 2013 Mittel zu den Sachkosten und über das Fachkräfteprogramm erhalten hat. Der Vorschlag der Verwaltung würde eine 0,85 VZS ausmachen. Das Personal hat im Januar und Februar 2014 ohne Beschlussfassung seine Arbeit weiterhin aufrechterhalten. Es wurde signalisiert, dass der Träger unter der lfd. Nr. 51 mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Summe nicht hinkommt. Die lfd. Nr. 51 soll auf Trägervorschlag höher gefördert werden.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass im Vergleich zu den Vorjahren im Sozialraum 3 die Leistungsbeschreibung IX nicht mit vertreten ist sondern dies unter dem § 11 SGB VIII mit enthalten ist. Was ist der Grund hierfür?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass die LB IX allgemeine Angebote für Familien und die LB III Angebote für besonderen Bedarf in Familien beinhaltet.

Herr Placke, Sozialraummanager im Fachbereich Bildung, ergänzte, dass im Jahr 2013 eine Diskussion im Zusammenhang der Fördermittelvorlage entstanden war. Die Sozialraumanalyse im Bereich der Familienarbeit hat im Sozialraum 3 eine Veränderung aufgewiesen. Es erfolgt eine Verortung des Trägers vor Ort.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, wies darauf hin, dass für die Leistungsbeschreibung IX auch keine Anträge vorliegen.

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte, warum das Kinder- und Jugendhaus des Kinder- und Jugendhaus e.V. in den letzten Jahren als ehemaliges Jugend-, Begegnungs- und Beratungszentrum im Vergleich zu Anderen eine besonders deutliche Kürzung/Reduzierung erfahren habe (sowohl in der Jugendarbeit LB X als auch in der Familienarbeit LB IX und LB XI).

Herr Placke, Sozialraummanager Fachbereich Bildung, antwortete, dass mit der Neuorientierung der präventiven Jugendhilfe für die Jahre 2012 - 2014 und den neuen Leistungsbeschreibungen der JHA in 2011 auch die Aufhebung der bisherigen Jugend- Begegnungs- und Beratungszentren (JBBZ) beschlossen hatte. Diese müssen sich auch den neuen Leistungsbeschreibungen/ Leistungsanträgen stellen. Es trifft zu, das dadurch auch der genannte Träger weniger Förderung als noch bis 2011 erhalten hat und Stellenanteile wegfielen. Es ist aber auch in anderen Sozialräumen zu einer Verringerung der Stellenanteile in den ehemaligen JBBZ gekommen. Für die Jugendarbeit in Leistung X gibt es jetzt noch eine Stelle, damit ist das Kinder- und Jugendhaus eine lokale Jugendeinrichtung ähnlich wie die Einrichtung im Quartier 411 oder 413.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, ergänzte, dass für den Sozialraum III insgesamt betrachtet es sogar eine Erhöhung der Angebote nach LB X (Jugendarbeit) gibt, nämlich durch die neuen Angebote „Treff im Quartier“ im Stadtteil Südliche Innenstadt.

Herr Placke, Sozialraummanager Fachbereich Bildung, führte bezüglich der Familienangebote nach LB IX und LB XI weiter aus, dass es Ende 2012, insbesondere dann in 2013, Veränderungen im Bereich Leistungen für Familien gegeben hat. Die für den Sozialraum zuständige Familienbildungsstätte, die ihren Sitz aber im Sozialraum I hat, hat sich stärker mit Angeboten im Sozialraum III verortet, so auch mit regelmäßigen Sprechstunden im Stadtteilzentrum Süd. Damit werden mehr Familien vor Ort erreicht, zumal dieser Träger auch weitere Beratungsangebote für Familien in ausgewählten Kitas des Sozialraums vorhält.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, wies darauf hin, dass für die Leistungsbeschreibung IX auch keine Anträge vorliegen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte zur Regelung der Eigenbeteiligung an. Treffen hier 10% der Antragssumme zu? Grundsätzlich sollte es hierzu auch mal wieder eine Klausurtagung geben. Die Vielfalt und Subsidiarität in den einzelnen Sozialräumen soll wiedergefunden werden, alles Darüberhinausgehende muss angesehen werden. Die Angebote haben sich doch in den letzten Jahren verringert.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach an, dass sie dies als Anregung aufnimmt. Sie verwies darauf, dass sich die Vielfalt der Angebote erhöht und nicht verringert hat. Sie dankte in diesem Zusammenhang auch den Trägern, welche trotz immer geringer werdenden finanziellen Mitteln, diese Vielfalt in der Stadt anbieten.

Keine weiteren Wortmeldungen zum Sozialraum III.

Anlage 4, Sozialraum 4

gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:
Frau Plättner

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie den Änderungsantrag der Freien Träger hier nicht nachvollziehen kann.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), erklärte, dass der Antragsteller laufende Kosten wie Miete, Strom etc. auf die benötigten VZS umrechnet. Bei der lfd. Nr. 71 und 68 wurde eine Erhöhung beantragt und für die lfd. Nr. 72 und 75 eine Erhöhung.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ergänzte, dass es sich bei den Änderungen um eine Anpassung zwischen den Antragssummen und der tatsächlichen Situation hierzu handelt.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), machte darauf aufmerksam, dass bei einem verspäteten Beschluss zu dieser Vorlage, die erfahrenen Fachkräfte für die Träger verloren gehen. Darunter leidet dann die Qualität der Arbeit, da neue Fachkräfte noch nicht über die notwendige Erfahrung in diesen Projekten verfügen. Sie appellierte an die Mitglieder, heute eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Anlage 5, Sozialraum 5

gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot Betroffene:
Frau Ute Haupt

Hier gab es keinen Redebedarf.

Anlage 6, Sozialraumübergreifend

gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot
Betroffene: Frau Masur, Frau Wießner, Frau Manser,
Herr Dölle, Herr Moses (Beratendes Mitglied)

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach bei den sozialraumübergreifenden Anträgen an, dass es hier ein Dilemma gibt. In den letzten Jahren wurden die meisten Projekte über Bundes- oder Landesmittel gefördert, was jetzt nicht mehr erfolgt. Er sprach die Situation in den einzelnen Kategorien an und verwies auf die Änderungsanträge der Freien Träger in der Kategorie C, welche einen Aufwuchs gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung enthalten.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass er die Begründung zum Aufwuchs, dass die Drittmittel weggefallen sind, für nicht ausreichend hält.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), erläuterte deshalb die Sichtweise der Freien Träger zu den Änderungsanträgen in den lfd. Nr. 113 und 116, welche

auch diesen Änderungsanträgen zu entnehmen ist. Die Projektanträge wurden vor längerer Zeit eingereicht, man muss auch die tagesaktuelle Entwicklung hierzu sehen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte, ob bei einer Bewilligung der Bundesmittel nach der heutigen evtl. Beschlusslage zu diesen Projekten die Verwaltung die Mittel wieder von dem Träger abfordern kann.

Dies verneinte **Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung)**.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte zur lfd. Nr. 114 an, ob dieses Projekt nicht gut ist, da hier die Punktebewertung nicht gut ist.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass der Antrag förderfähig ist. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel beschneiden die Vergabe an irgendeiner Stelle.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte zur lfd. Nr. 120 Clara Zetkin e.V. , "Schulmotivationskurs SMAK" an.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass dies bereits über Schulsozialarbeit BuT beschlossen wurde. Das ist das „Schulbummlerbüro“.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., hinterfragte dies, da es in den Vorjahren beide Projekte gab. Wie verhält sich das?

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, antwortete, dass es sich bei dem einen Projekt um eine „Hilfe zur Erziehung“ handelt. Wir fördern das Schulbummlerbüro.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., kritisierte, dass dies dann so dargestellt werden muss und hier keine Rolle mehr spielen kann.

Herr Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, nahm die Kritik dazu an.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, stellte fest, dass die Diskussion zu den einzelnen Sozialräumen jetzt abgeschlossen war. Die Beschlussfähigkeit wurde nochmals festgestellt. Es waren **14 stimmberechtigte Mitglieder** zur Abstimmung anwesend. Sie sprach an, dass sie alle Sozialräume mit deren Sparten zur Einzelabstimmung aufrufen wird. Sie wies nochmals auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt hin und dass davon Betroffene sich vom Sitzungstisch zu entfernen haben und weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilzunehmen haben. Sie forderte die Freien Träger auf an den entsprechenden Stellen ihre Änderungsanträge einzubringen. Sie wird die Anlagen mit den Sozialräumen und den entsprechenden Sparten und zur Abstimmung über die laufenden Nummern (Projektanträge) aufrufen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass zum Beschlusspunkt 1, hier zur Anlage 0, der Vorschlag der Verwaltung als auch der Änderungsantrag der Freien Träger vorliegt.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), wies darauf hin, dass es in der Anlage 0 um die Verteilung der Mittel für die Sozialräume geht. Hier dürfen alle stimmberechtigten Mitglieder abstimmen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief zur Abstimmung des **Änderungsantrages der Freien Träger zur Anlage 0** auf.

Es waren keine Mitglieder vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA betroffen, da es um die Abstimmung zur Verteilung der Mittel in den Sozialräumen und deren Kategorien – ohne Benennung von Trägern und ohne konkrete Summen für diese – ging.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass jetzt über die Förderung der Leistungen gemäß der Prioritätensetzung in den einzelnen Sozialräumen und Sparten einzeln zu den Projektanträgen abgestimmt werden soll.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief **zur Abstimmung der Anlage 1, Sozialraum 1,** auf:

Sparte A: Keine vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA Betroffenen

13	Iris e.V.	Arbeit mit besonderen Familien
----	-----------	---------------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Sparte B: vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA Betroffene:
Frau Masur

16	Iris e.V.	allgemeine Angebote für Familien
----	-----------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

15	Caritas Regionalverband Halle e.V.	offener Kinder- u. Jugendtreff Wasserturm
----	------------------------------------	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

17	Caritas Regionalverband Halle e.V.	offener Familientreff Wasserturm
----	------------------------------------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14	CVJM Halle e.V.	Delphin
----	-----------------	---------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Hinweis von Herrn Deckert, Jugendhilfeplaner Fachbereich Bildung, dass die „hellgrün markierten“ Spalten Projekte sind, welche bei der am 06.02.2014 eingebrachten Vorlage zu Schulsozialarbeit über Bildung und Teilhabe nicht berücksichtigt werden konnten. Hier erfolgte die Zusage, dass diese Projekte in der heute eingebrachten Vorlage mit vorgeschlagen werden. Diese sind bei den nachfolgenden Sparten und Sozialräumen mit enthalten.

Sparte C: vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene:
Herr Dölle, Frau Manser

2	Iris e.V.	Arbeit in Kindertagesstätten
---	-----------	------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

1	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	Hängebrücke
---	--	-------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

12	Jugendwerkstatt Frohe Zukunft	Schulsozialarbeit GS Wittekind
----	-------------------------------	--------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief die **Anlage 2, Sozialraum 2**, zur Abstimmung auf.

Sparte A: vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Wießner

27	DKSB	Jugendbegegnungs-u. Beratungszentrum
----	------	--------------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

28	DKSB	Aktionsfeld Familie
----	------	---------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

26	SKV Kita gGmbH	JFE Bäumchen
----	----------------	--------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Sparte B vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Wießner

25	DKSB	Gemeinsam statt einsam
----	------	------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Sparte C vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Wießner

23	DKSB	Teenie- Lotse
----	------	---------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

19	DKSB	v.Wissendurst u.NervenKITZel
----	------	------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

18	DKSB	KITA-Sozialarbeit in der Integrativen Kita Haus Kunterbunt
----	------	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

24	SKV Kita gGmbH	Bäumchen
----	----------------	----------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

121	SKV Kita gGmbH	Übergang Kita - Grundschule im Sozialraum II
-----	----------------	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief zur **Abstimmung der Anlage 3, Sozialraum 3** auf.

Sparte A vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Gellert, Herr Trömel, Herr Dölle,
Herr Moses (Beratendes Mitglied)

53	CVJM Landesverband S.-A.	FAZ - Allgem Förderung v. Fam.(Hauptlstg)
----	--------------------------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den **Änderungsantrag der Freien Träger** zur Abstimmung der **lfd. Nr. 51** auf:

51	Kinder- und Jugendhaus e.V.	Allgemeine Förderung v. jungen Menschen
----	-----------------------------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

54	Kinder- und Jugendhaus e.V.	Allgemeine Förderung v. Familien durch allgemein zugängl. Veranstaltungen
----	-----------------------------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den Änderungsantrag der Freien Träger zur Abstimmung der lfd. Nr. 52 auf:

52	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	TIQ-Treffs im Quartier
-----------	---	-------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den Änderungsantrag der Freien Träger zur Abstimmung der lfd. Nr. 48 auf:

48	Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V.	Treff im Quartier
-----------	---	--------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

50	Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e.V.	Bürgerhaus Alternative
-----------	--	-------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den Änderungsantrag der Freien Träger zur Abstimmung der lfd. Nr. 49 auf:

49	Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V.	Waldorfjugendtreff
-----------	---	---------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

Sparte B**vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA****Betroffene:** Frau Gellert, Herr Trömel, Frau Masur,
Herr Moses (Beratendes Mitglied)

40	Caritas Regionalverband Halle e.V.	Kiez-Learning
----	------------------------------------	---------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

30	CVJM Landesverband S.-A.	FAZ - Allgem. Angebote frühkindl. Bild. KITA
----	--------------------------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

31	CVJM Landesverband S.-A.	FAZ - Erziehung aus einer Hand
----	--------------------------	--------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

44	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	Schulsozialarbeit Sekundarschule August Herrmann Francke
----	---	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

29	Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e.V.	Übergang Kita - Grundschule im Sozialraum III
----	--	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

45	Internationaler Bund e.V.	Schulsozialarbeit Montessori Schule
----	---------------------------	-------------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

32	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	Sprungbrett
----	--	-------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

46	Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V.	Schulsozialarbeit (Johannesschule)
----	--	------------------------------------

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
1 Nein-Stimme

37	Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt GmbH	Sprachheilschule Halle
----	---	------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

41	Kinder- und Jugendhaus e.V.	Übergangsbegleiter
----	-----------------------------	--------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

42	Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e.V.	Schulsozialarbeit im Bildungshaus Riesenklein
----	---	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

47	Kinder- und Jugendhaus e.V.	Hort Kinderpark
----	-----------------------------	-----------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief die Anlage 4, Sozialraum 4 zur Abstimmung auf:

Sparte A

vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Plättner

73	Internationaler Bund e.V.	Roxy Kinder- u. Jugendtreff
----	---------------------------	-----------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

74	Internationaler Bund e.V.	Roxy Familientreff
----	---------------------------	--------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den Änderungsantrag der Freien Träger zur lfd. Nr. 71 auf:

71	AWO RV Halle-Merseburg e.V.	Dornröschen
----	-----------------------------	-------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den Änderungsantrag der Freien Träger zur lfd. Nr. 72 auf:

72	AWO RV Halle-Merseburg e.V.	Dornröschen (FKP)
----	-----------------------------	-------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den Änderungsantrag der Freien Träger zur lfd. Nr. 75 auf:

75	AWO RV Halle-Merseburg e.V.	Dornröschen
----	-----------------------------	-------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

76	CVJM Halle e.V.	Allgem. Förderung von jungen Familien durch allgem. zugängliche Veranstaltg.
----	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

70	CVJM Halle e.V.	Allgem. Förderung junger Menschen durch allgem. zugängliche Veranstaltg.
----	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

Sparte B vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Plättner

69	Internationaler Bund e.V	Roxy (flexible Familienaktivierung)
----	--------------------------	-------------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den **Änderungsantrag der Freien Träger zur lfd. Nr. 68** zur Abstimmung auf:

68	AWO RV Halle-Merseburg e.V.	Dornröschen
----	-----------------------------	-------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Sparte C **Keine vom Mitwirkungsverbot Betroffenen**

55	Villa Jühling e.V.	Kita
----	--------------------	------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

67	CVJM Halle e.V.	Angebote an junge Eltern/Alleinerziehende zur Eingliederung in das Berufsleben
----	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

61	Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt GmbH	FOS A.Liebmann
----	---	----------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief die **Anlage 5, Sozialraum 5** zur Abstimmung auf.

Sparte A vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Ute Haupt

83	DRK Kreisverband Halle-Saalkreis Mansfelder Land e.V.	Integrative KuJarbeit Heide-Nord
----	---	----------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

84	DRK Kreisverband Halle-Saalkreis Mansfelder Land e.V.	Das Miteinander fördern Fam. stärken
----	---	--------------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

85	Hallesche Sportjugend	Allgemeine Förderung von Familien
----	-----------------------	-----------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Sparte B vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Ute Haupt

81	Villa Jühling e.V.	Lebenswert in Heide-Nord
----	--------------------	--------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

82	Hallesche Sportjugend	Projekte zur Stärkung d. konstrukt. Lebensbewältigung
----	-----------------------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Sparte C Keine vom Mitwirkungsverbot Betroffenen

77	DRK Kreisverband Halle-Saalkreis Mansfelder Land e.V.	Frühkindliche Bildung-Empathie
----	---	--------------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief die Anlage 6, Sozialraumübergreifend, zur Abstimmung auf.

Sparte A vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Manser, Herr Dölle, Herr Moses (Beratendes Mitglied)

88	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	Werk-statt-Schule
----	--	-------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

103	Volkssolidarität Querfurt-Merseburg e.V.	M.O.V.E. - junge Mütter
-----	--	-------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

107	Arbeiter Samariter Bund RV Halle-Bitterfeld e.V.	Jugendberatung-TOA
-----	--	--------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

106	Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V.	Integrationsprojekt
-----	--	---------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

96	Jugendwerkstatt Frohe Zukunft	S.C.H.I.R.M.
----	-------------------------------	--------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

105	Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V.	Kompetenzagentur
-----	--	------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

97	Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e.V.	Berufsstarhilfe - Sozialraumübergreifend
----	---	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

87	Franckesche Stiftungen	Krokoseum schulbezogen
----	------------------------	------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

120	Clara-Zetkin e.V.	Schulmotivationsaktivierungskurs SMAG
-----	------------------------------	--

Die Nr. 120 wurde gestrichen, da über BuT bereits eine Förderung unter der Bezeichnung „Schulbummlerbüro“ beschlossen wurde. Ist gleiches Projekt, die Bezeichnung wurde unterschiedlich aufgeführt. Hierzu erfolgte keine Abstimmung.

100	Jugend- und Familienzentrum St. Georgen e.V.	BOSSA - BerufsOrientierte SchulSozialArbeit
-----	--	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

108	Arbeiter Samariter Bund RV Halle-Bitterfeld e.V.	Streitschlichter im Rahmen der Schulsozialarbeit
-----	--	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Sparte B vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffener: Herr Dölle

110	Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen-Anhalt GmbH	TABU la rasa
-----	---	--------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

109	Volkssolidarität Querfurt -Merseburg e.V.	Schulbezogene systemische Familienberatung
-----	---	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Sparte C vom Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA
Betroffene: Frau Wießner, Frau Masur

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den Änderungsantrag der Freien Träger zur lfd. Nr. 113 zur Abstimmung auf.

113	Villa Jühling e.V.	Wir sind Zukunft
-----	--------------------	------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den **Änderungsantrag der Freien Träger zur lfd. Nr. 116** zur Abstimmung auf.

116	Friedenskreis Halle e.V.	Internationale Freiwilligendienste und Begegnung für (H)alle
-----	--------------------------	--

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

115	Friedenskreis Halle e.V.	Kompetenzen für (H)alle
-----	--------------------------	-------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

111	DKSB	Kinder- u. Jugendtelefon
-----	------	--------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

112	Franckesche Stiftungen	Krokoseum offene Arbeit
-----	------------------------	-------------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

117	congrav new sports e.V.	Mobile Angebote an den Skateparks Halle
-----	-------------------------	---

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

118	Franckesche Stiftungen	Krokoseum Familie
-----	------------------------	-------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

114	Caritas Regionalverband Halle e.V.	YouthPOOL
-----	------------------------------------	-----------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Sparte DKeine gemäß § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot
Betroffenen

119	Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis Agentur	Fundraising Beratung
-----	--	----------------------

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Verteilung der zu Verfügung gestellten Fördersummen für die einzelnen Bereiche gemäß Anlage 0.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Leistungen gemäß Prioritätensetzung in folgenden Teilbereichen:

- Teilbereich 1: Sparten A, B und C im Sozialraum I (SRI)
- Teilbereich 2: Sparten A, B und C im Sozialraum II (SR II)
- Teilbereich 3: Sparten A, B und C im Sozialraum III (SR III)
- Teilbereich 4: Sparten A, B und C im Sozialraum IV (SRIV)
- Teilbereich 5: Sparten A, B und C im Sozialraum V (SR V)
- Teilbereich 6: Sparten A, B, C und D für die sozialraumübergreifend stattfindenden Leistungen (SRÜ)

gemäß der Anlagen 1 bis 6.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der stimmberechtigten freien Träger der Jugendhilfe im JHA zu der Beschlussvorlage "Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11-13, 14, 16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2014
Vorlage: V/2013/12149
Vorlage: V/2014/12562**

Diskussion, Mitwirkungsverbote und Einzelabstimmungen siehe unter TOP 4.2.

Zusammenfassung der Abstimmungsergebnisse:

Anlage O: einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltung

Sozialraum 3, Sparte A:

- Lfd. Nr. 51 einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltung
- Lfd. Nr. 52 einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltung
- Lfd. Nr. 48 einstimmig zugestimmt, 2 Enthaltungen
- Lfd. Nr. 49 einstimmig zugestimmt, 2 Enthaltungen

Sozialraum IV

Sparte A:

Lfd. Nr. 71 einstimmig zugestimmt
Lfd. Nr. 72 einstimmig zugestimmt
Lfd. Nr. 75 einstimmig zugestimmt

Sparte B

Lfd. Nr. 68 einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltung

Sozialraumübergreifend (SRÜ), Sparte C:

Lfd. Nr. 113 einstimmig zugestimmt, 2 Enthaltungen
Lfd. Nr. 116 einstimmig zugestimmt, 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Sozialraum 1		Keine Änderung
Sozialraum 2		Keine Änderung
Sozialraum 3	Sparte A	Laufende Nummer 52, 49, 48: Hier werden wir in Absprache mit den Trägern jeweils eine Reduzierung um 2500,- € vorschlagen. Hintergrund ist, dass die Projekte zwar zum 01.01.2014 begonnen haben, jedoch noch nicht im vollen Umfang laufen. Die 7500,- soll auf 51 aufgeschlagen werden, um hier das Angebot KJH aufrechterhalten zu können. Ebenso werden wir für die 51 statt der 0,8 VbE eine 1,0 VbE mit der Summe 87500,- € vorschlagen. Da es sich um eine Verschiebung innerhalb der Sparte C handelt, erfolgt keine Änderung in der Anlage 0
Sozialraum IV	Sparte A sowie B	Laufende Nummern: 71, 72, 75, 68: Träger aller Leistungen ist die AWO. Die AWO berechnet laufende Kosten (Miete, BK, etc.) anhand des Personalschlüssels. Für die Lfd. Nr. 68 sind die PK nicht so hoch, wie ursprünglich angenommen. Dies hat zur Folge, dass wir folgende Anträge stellen werden: 71: Reduzierung um 2000,- € 72: Erhöhung um 10.000 € 75: Erhöhung um 2500,- € 68: Reduzierung um 15767,- € Gesamtsumme der genannten Nummern: Statt 134222,- € werden wir für diese Leistungen 128955,- € vorschlagen, d.h. eine Reduzierung um 5267,- € Dementsprechend werden wir eine Veränderung in der Anlage 0 einbringen.
Sozialraum V		Keine Änderung
Sozialraum Ü	Sparte C	113 – Villa Jühling: Aufgrund der Erfahrungen andere Träger mit diesem Angebot halten wir eine Aufrechterhaltung mit einer 1,0 VBE für notwendig. Unser Vorschlag wird eine Aufstockung um 8000,- € lauten (insgesamt 42.000 € mit einer 1,0 VbE) 116 – Friedenskreis: Der Träger ist seit Jahren bemüht, Drittmittel zur Aufrechterhaltung der Leistungen zu akquirieren. Ähnlich wie z.B. Kompetenzagentur erfolgt eine Kofinanzierung oft über ESF Mittel. Diese Finanzierung steht aus unterschiedlichen Gründen (u.a. neue Förderperiode) dieses Jahr nur eingeschränkt zur Verfügung. Zur Aufrechterhaltung des Angebotes schlagen wir eine Erhöhung um 11.000 € auf 25.000€ vor (0,5 VbE).

		<p>Entsprechend unserer Änderungsvorschläge erfolgt auch hier ein Änderungsvorschlag in der Anlage 0.</p> <p>Die Aufstockungssumme von insgesamt 19.000€ für beide Angebote soll folgendermaßen gedeckt werden: Mittel des Sozialraumes IV : 5267,- € Mittel der Projektförderung nach § 5 der Förderrichtlinie: 13733,- €</p> <p>Damit stehen noch 33060 € für Projekte nach § 5 zur Verfügung.</p>
--	--	--

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., sprach an, dass Eltern sich an ihre Fraktion wegen der Kita der Volkssolidarität in der Freimfelder Straße gewandt haben. Die Verträge werden nur ausgereicht, wenn die Eltern der Vollverpflegung der Kinder dort zustimmen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass er mit dem Geschäftsführer der Volkssolidarität telefoniert hat. Dieser hat das verneint.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sprach an, dass es in der Kita die Möglichkeit gibt, aus dem Programm auszusteigen.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wies darauf hin, dass Träger dieser Kita nicht die Volkssolidarität Querfurth- Merseburg e.V. ist, sondern der Kinderland Halle e.V.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass in dem Sozialraum I aufgefallen ist, es eine Stresssituation zwischen der Schule Diemitz und dem Hort gibt.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), antwortete, dass ihr dies neu ist.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte an, ob man die Mitgliedschaft bei einem Träger beantragen muss, um dort mitmachen zu dürfen.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), verneinte dies.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte zur „Richtlinie zur Hortbetreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf“ zur Definition des dort enthaltenen Begriffes „erfahrene Fachkraft“ an. Inwieweit muss es sich hier um eine sozialpädagogische Fachkraft handeln?

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sagte die Beantwortung zu.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte an, wann die Stadt mit den Verhandlungen zu den Leistungs- und Qualitätsentwicklungen (LQE) Kita beginnt. Die Kommunen sind hierzu verpflichtet.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte an, wie mit Schuldeintreibungen bei Eltern, deren Kind über die Kündigungsfrist hinaus in einer Einrichtung bleiben muss, da sie über Hilfen zur Erziehung laufen, umgegangen wird.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung), sagte die Beantwortung zu.

Keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, regte an, bezüglich der angesprochenen Punktebewertung zu den Förderanträgen nochmals mit dem Fachbereich Recht zu sprechen.

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in